

Hayek und die „Entthronung der Politik“

Robert Nef

Friedrich August von Hayek ist kein Guru freier Märkte und auch kein Prophet, aber er ist als Sozialphilosoph und als Ökonom mit Weitblick, Überblick und Durchblick immer noch hochaktuell. Er hat keine „geschlossene Lehre“ entwickelt, die als Basis einer wissenschaftlichen Schule oder gar einer politischen Bewegung mit dem Label „Hayekianismus“ dienen könnte. Ein Teil seines Werkes ist analytisch deskriptiv und ein Teil kritisiert vorherrschende Vorurteile und darauf basierende politische Strukturen. Seine bekannteste Schrift mit dem deutschsprachigen Titel „Der Weg zur Knechtschaft“ ist eine engagierte Abrechnung mit dem durch die Weltkriege in Europa (und auch weltweit) zunehmenden Etatismus. Die Hoffnung, dass es nach den Kriegen zu einer Liberalisierung in Richtung von „Weniger Staat und mehr Freiheit“ und zu einem Abbau von Dirigismus und Interventionismus kommen könnte, erwies sich in der Zeit des „Kalten Krieges“ als grosse Illusion. Zwar gab es in Grossbritannien unter Thatcher und auch in den Skandinavischen Staaten gewisse Liberalisierungen: Sie führten aber nur zu graduellen Reformen und nicht zu einer Umkehr im Sinne Hayeks. Den Hauptgrund dafür hat Hayek ebenfalls analysiert: Die exzessive Abstützung der Politik auf das Mehrheitsprinzip, das zwar für die Vereinbarung von generellen Regeln taugt, aber als Basis von materieller Umverteilung unweigerlich zum „Fass ohne Boden“ wird. Die Generation der 68er hatte zwar eine machtkritische, antiautoritäre Komponente, aber mit ihrer Dogmatisierung des Mehrheitsprinzips für alle Lebensbereiche hat sie lediglich einen weiteren Schub an Staatsabhängigkeit bewirkt.

Dass Hayek politisch immer noch stark polarisiert und im Mainstream der an den Hochschulen etablierten Ökonomie und Politikwissenschaft entweder ignoriert wird oder als Feindbild für einen angeblich überholten, extrem marktgläubigen „Neoliberalismus“ herhalten muss, hat weniger mit seinem anti-etatistischen Credo zu tun als mit seiner Erkenntnis, dass der National-Sozialismus und der International-Sozialismus als etatistische Heilslehren sehr viel verwandter waren und sind, als dies das landläufige Links-rechts-Narrativ der etablierten Sozialwissenschaft zugeben will. Die angeblich fortschrittlichen Historiker klammern sich an die Irrlehre, Hitler sei – ideologisch – durch seine linken Kritiker (und nicht durch die marktliberalen Angloamerikaner) und militärisch durch die Rote Armee besiegt worden. Das ist die wackelige Basis des immer noch vorherrschenden Links-Rechts-Schemas, bei dem die Nationalsozialisten bzw. die Faschisten am Rand des „rechten Flügels“ stehen, zu dem auch die liberalen Anhänger des Welthandels (Hitlers Todfeinde!) gezählt werden. Hayek ist mit seiner These von der inneren Verwandtschaft des nationalen und des internationalen Sozialismus ein „Spielverderber“ in jenem Spiel, bei dem „gutmeinende soziale“ Linke die „abgrundtief bösen egozentrischen“ Rechten in Schranken halten. Dabei wirft man geflissentlich die Anhänger von Marktwirtschaft und Welthandel einerseits und die nationalistischen Protektionisten andererseits widersinnig in denselben Topf der „Rechten“. Hayek wird da zur Leitfigur einer angeblich „konservativen Rechten“, dabei sind die meisten seiner Schriften Plädoyers gegen den vorherrschenden etatistischen Status quo, den er überwinden und nicht konservieren wollte.

Interessant ist, dass sich zwei Kernthesen der „Austrians“, als deren prominenter Vertreter Hayek zu Recht gilt, die subjektive Wertlehre (grossmehrheitlich), und die Warnung vor dem Fehlschluss vom Sein auf das Sollen (mehrheitlich) gegen Marx und cons. vor allem unter den Makro-Ökonomen offenbar generell durchgesetzt haben. Dieses erkenntnistheoretische „Vorverständnis“ ist nicht nur das eigentliche „Gegengift“ zum Marxismus, sondern auch zu andern Irrlehren, die angeblich sowohl die Entwicklung der Wirtschaft als auch der Menschheitsgeschichte wissenschaftlich voraussehen und darauf ihre sozialstaatlichen Interventionskonzepten (Zwangsrenten, Mindestlöhne etc...) abstützen.

Diese theoretische Akzeptanz eines Kernstücks der „Austrians“, hat aber bei der politischen Einstellung der meisten Theoretiker kaum Spuren hinterlassen. Die „Austrians“ wurden,

obwohl sie eigentlich erkenntnistheoretisch die anti-marxistischen Bahnbrecher waren, zu Sektierern herabgestuft. Warum eigentlich? Heute wursteln sich alle linken Hayek-Kritiker mit ein bisschen Dialektik, „Sowohl-als auch Progressismus“ und (nicht immer explizit) mit „Frankfurter Schule“ durch, oder sie drücken sich einfach um die politisch relevanten Grundfragen nach dem Staat und seiner real existierenden und zunehmenden Dominanz. Immerhin: Hayeks Kritik an der neoklassischen Gleichgewichtstheorie und seine Deutung des Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren wird als gültiger Beitrag zur makroökonomischen Theorie weltweit anerkannt.

Der Daseinsvorsorgestaat (ob „links“ oder „rechts“) ist nach heute vorherrschender Auffassung kein „Weg zur Knechtschaft“ mehr, sondern ein Höhepunkt der kulturhistorischen Entwicklung, den man mit gewissen rein quantitativen Schattierungen als „gegeben“ akzeptiert. Man diskutiert nur noch über „etwas weniger“ oder „etwas mehr“ davon. Wer diese Ausgangslage grundsätzlich in Frage stellt, wird entweder als naiv oder bösartig, aber sicher als „gefährlich“ ausgegrenzt. Klar, dass diese Art von gradueller Politik wissenschaftlich nicht so interessant ist, und dass viele Politikwissenschaftler in empirische Studien über sozio-biologische und sozio-psychologische Verhaltensweisen ausweichen um daraus Rezepte für die aktuelle Politik abzuleiten.

Wahrscheinlich gibt es kaum mehr philosophisch, ideengeschichtlich und wissenschaftstheoretisch geschulte Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaftler, die den „Diskurs“ um den unaufhaltsam wachsenden Daseinsvorsorgestaat führen wollen und führen könnten. Die „fliehen“ einfach ins Spezialistentum, in die Mathematik und in Empirie ohne ideengeschichtliche Wurzeln und tun nichts gegen den sozialdemokratischen Mainstream in der Sozial- und Kulturwissenschaft, der natürlich bei Umverteilungspolitikern aller Couleurs beliebt ist.

Wer das kritisiert wird als neoliberaler Störenfried und „Ideologe“ gebrandmarkt und macht sich bei Kollegen und Hochschulbehörden und Geldgebern schnell einmal unbeliebt und unmöglich.

PS: Vielleicht sehe ich das zu schwarz, und es gibt möglicherweise einen silbernen Streifen am Horizont, der von den jungen Libertären (sorry für alle, die mit guten Gründen die Bezeichnung nicht mögen), gefördert wird.